



Lütjenburger Rundschau

www.spd-luetjenburg.de - Telefon: 04381/7491 - Fax: 04381/409964



Wo drückt der Schuh?

Liebe Leserinnen und Leser der *LR*, in dieser Ausgabe wollen wir Sie darüber informieren, was uns Lütjenburger in den vergangenen Monaten beschäftigt hat und was uns Sozialdemokraten auch weiterhin in der politischen Arbeit besonders am Herzen liegt: Es ging und geht um folgende Themen: Nienthal, Gildenplatz, Notarzt (siehe Bild links), Bundeswehr, Jugendzentrum, Kindergarten, Umwelt, Bürgerwillen und Bürgerbeteiligung, aber auch um die Politik in Kreis, Land und Bund. Noch mehr Infos zu diesen Themen finden Sie im Internet unter www.spd-Luetjenburg.de

Rettung möglich!

Gibt es noch eine reelle Chance für den Bundeswehrstandort in Lütjenburg? Der neue Verteidigungsminister de Maizière will bei der Schließung von Standorten strukturpolitische Bedingungen berücksichtigen. Das könnte die Rettung für die Schill-Kaserne sein. Mehr über den Kampf um den Standort lesen Sie auf Seite 3 der *LR*.



Turmhügelburg und Auffahrt-scheune Nienthal

auf einen Blick. Erfolgsgeschichte und Trauerspiel liegen hier eng beieinander. Was im Nienthal bis jetzt passiert ist, hat Peter Holst akribisch zusammengetragen. Von „vergessen bis verärgert“ können Sie die Entwicklung des MEN-Projektes auf Seite 6 noch einmal Revue passieren lassen. Im Gegensatz zur „Burg“ leider keine Erfolgsgeschichte.

Ebbe in der Kasse Schulden steigen auf über 5 Mio. €

Im Stadtsäckel herrscht beängstigende Ebbe. Wer dafür die Verantwortung trägt und wer in den letzten Jahren einen immensen Schuldenberg angehäuft hat und zudem noch die falschen Akzente im Haushalt setzt, lesen Sie auf Seite 7 der *LR*.

Keine zusätzliche Konkurrenz für die Anlieger des Marktes

Seit 10 Jahren wird in Lütjenburg darüber gestritten, wie in der östlichen Stadthälfte ein leistungsfähiger Verbrauchermarkt als Alternative zum Familia-Markt eingerichtet werden kann. Warum die SPD den jetzigen Planungen des Bauwerks nicht zustimmt, erklärt Hans Fritzenkötter (Vorsitzender des Bauausschusses) auf Seite 2 der *LR*.



Ein Hauptamtlicher Bürgermeister muss schnell wieder her

Nach den Vorstellungen des Innenministers Schlie (CDU) sollen Städte über 4.000 Einwohner wieder die Möglichkeit erhalten, einen hauptamtlichen Bürgermeister einzusetzen. Die SPD-Lütjenburg teilt diese Auffassung ohne wenn und aber, zumal Mehrkosten nicht zu erwarten sind.

Ein ehrenamtlicher Bürgermeister und ein Politologe als „Stadtreferent“ ohne Abschluss in der Verwaltung oder in den Rechtswissenschaften sind (bei allen zugestandenen Bemühungen) nicht in der Lage, die vor uns liegenden Herausforderungen zu bewältigen.

SPD lehnt Bau des Kaufhauses am Gildenplatz in dieser Form ab

Wie bereits auf Seite 1 der **LR**, angekündigt, wird seit 10 Jahren nach einer Alternative für den SKY-Markt gesucht, der sich in seinen jetzigen Räumen (nach eigenen Angaben) als nicht überlebensfähig erwiesen hat. Die SPD, die damals die politische Mehrheit in der Stadt besaß, hatte geplant, einen größeren SKY-Markt in der Nähe von ALDI und Lidl an der Königsberger Straße anzusiedeln, weil dann kein zusätzlicher „Kundenbringer“ für den neuen SKY-MARKT erforderlich gewesen wäre. Nachdem 2003 die CDU das Ruder übernommen hatte, sollte der neue Markt aber unbedingt in der Nähe des Stadtzentrums verbleiben, um die Geschäfte am Markt nicht „auszuhungern“. Schon damals hatte die SPD warnend darauf hingewiesen, dass man im Bereich des Gildenplatzes nicht einfach einen größeren Lebensmittelmarkt errichten könne ohne gleichzeitig weitere Geschäfte dort anzusiedeln, die für ausreichende Kundenmengen sorgen.

Jetzt ist genau dieser Fall eingetreten: von den wenigen Bewerbern für die Bebauung des südlichen Gildenplatzes (Bild unten), auf dem das neue Kaufhaus stehen soll, ist nur noch einer übrig geblieben und der verlangt, neben dem Frischemarkt auch noch einen ca. 500 qm großen sogenannten Non-Food-Markt errichten zu dürfen, in dem dann alles das angeboten werden könnte, was es rund um den Marktplatz schon reichlich zu kaufen gibt, nämlich Kleidung und sonstige Modeartikel. Die SPD hat den in den letzten Jahren ohnehin schon stark gebeutelten Marktanliegern versprochen, dass sie ihnen keine zusätzliche Konkurrenz am Gildenplatz schaffen werde. Der Investor behauptet, bisher nicht zu wissen, wer als Betreiber des Kaufhauses in Frage kommt. Das halten wir glatt für ein Märchen, wenn die Planungsvorstellungen bereits so genau entwickelt sind wie im vorliegenden Fall.



Möglich wäre sogar, dass ein mit der Familie verbandeltes Unternehmen dahinter steckt und man sich so eine lästige Konkurrenz vom Halse halten will. Darüber hinaus erscheint die Planung aus städtebaulicher Sicht nicht besonders gelungen, da es einen großen, dunklen Bauklotz entlang der unteren Niederstraße geben soll, der wie ein Industriebau wirkt und keineswegs zum Flanieren einladen wird. Auch die Parkplatzlösung halten wir für ungeschickt, weil die Parkflächen von der Straße her streng abgetrennt und nicht einsehbar sind, so dass schon jetzt eine zukünftige Schmutzedecke in diesem Bereich vorauszusehen ist. Hans Fritzenkötter: „Aus diesen Gründen und weil man unserer Meinung nach das viele städtische Geld, das uns der neue Verbrauchermarkt kosten wird, im armen Lütjenburg wesentlich besser hätte anlegen können, lehnen wir das ganze Unterfangen am Gildenplatz ab.“

Wieder sollen die Eltern blechen

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihre Zuschüsse für die Schülerbeförderung wieder gestrichen und stattdessen die Kreise verpflichtet, die Eltern dafür zur Kasse zu bitten. Gleichzeitig fallen auf dem Land kleinere ortsnahe Grundschulen immer häufiger dem Rotstift zum Opfer. Die größeren Schulen können dann nur mit dem Bus erreicht werden und der – kostet!

Dabei gibt es bei uns die gesetzliche Schulpflicht, die sogar polizeilich durchgesetzt werden kann. Daher muss der Staat dafür sorgen, dass jeder Schüler, jede Schülerin dieser Pflicht nachkommen kann. Wir Sozialdemokraten fordern ohnehin, dass Bildung vom Kindergarten bis zur Universität gebührenfrei sein muss, um für alle gleiche Chancen zu schaffen, - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!

Die Kreis-SPD hat darum im Kreistag auch gegen eine Gebührenbeteiligung der Eltern gestimmt. Dagegen sagt die Kreis-CDU mit ihrer Mehrheit: wir brauchen das Bus-Geld als Einnahme für unseren verschuldete Kreis-Haushalt. So wird den ohnehin finanziell vielfach belasteten Familien mit Kindern einmal mehr in die Tasche gegriffen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Familien- und Bildungsfreundlichkeit - Fehlangeige! Und das Schärfste: Wie bei der Bereitschaft zur Mitfinanzierung des Notarztes in Lütjenburg verbietet auch hier das verantwortliche Ministerium in Kiel eine Übernahme der Kosten durch die Kommunen.

Das Abzocken von oben wird zum Gesetz erhoben – eine echt „bürgerfreundliche Politik“ der schwarz-gelben Landesregierung.

Interesse an Jugendarbeit? Von der CDU doch nur geheuchelt!

Bürgermeister Ocker freut sich öffentlich im Lütjenburger Kurier (7.4.) darüber, dass nun das Jugendaktionszentrums an einigen Tagen bis 20 Uhr geöffnet hat. Die SPD begrüßt dies ausdrücklich. Christian Hanssen: „Doch wenn man sich daran erinnert, wie die CDU diese SPD-Forderung jahrelang blockiert hat, ist das jetzige Einlenken doch sehr verwunderlich. Auf unser ständiges Nachhaken hin war auch die Befragung der Jugendlichen durchgeführt worden, wie sie für eine erfolgreiche Jugendarbeit mehr als notwendig ist.“ Aber nicht nur in Sachen JAZ zeigt sich, wie wenig sich die CDU um die Jugendlichen kümmert. Im Sozialausschuss hat BM Ocker auf mehrmaliges Drängen endlich klar gesagt, wie die CDU zu im Umland so erfolgreichen Projekten (Jugendpfleger/Streetworker) steht: sie lehnt alles ab, als gebe es z.B. den Brennpunkt am ZOB gar nicht. Hanssen (Bild rechts): „Wir werden trotzdem nicht müde, die notwendigen Haushaltsmittel für eine zielgerichtete offene Jugendarbeit einzufordern, schließlich soll man die Hoffnung auf bessere Einsichten auf der anderen politischen Seite nicht aufgeben, wie das Beispiel Jugendaktionszentrum kürzlich gezeigt hat.“



Bundeswehr in Lütjenburg vor der Auflösung? Nur gemeinsam ist eine Rettung noch möglich

Seit 1998 trafen die Sparmaßnahmen der jeweiligen Regierungen den Standort Lütjenburg, konnten aber stets mit vereinten parteiübergreifenden Anstrengungen abgewehrt werden. Nun droht ein weiteres Mal das Aus. Bereits im April des letzten Jahres hatte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans-Peter Bartels ein Bild von der Situation vor Ort gemacht. Damals sah er noch Möglichkeiten für den Erhalt, wenn es über Parteigrenzen hinweg gelingen würde, die Stärken des Standortes heraus zu stellen. Eine gemeinsame Resolution ist dann gerade noch so mit der CDU zustande gekommen. Weitere Kooperationsangebote der SPD wurden einfach ignoriert. Darum hat die SPD in

der Zwischenzeit ihre Sorgen um den Standort und die Stadt in einem Appell an Kanzlerin, Regierung und Verteidigungsausschuss zum Ausdruck gebracht und deren wirtschaftliche und soziale Verantwortung für unsere Region eingefordert. Mittlerweile hat das neu gegründete Aktionsbündnis einen Strategiekreis eingerichtet, zu dem endlich auch die SPD eingeladen wird. Wir meinen: In Anbetracht der bedrohlichen Situation kann nur ein gemeinsames Vorgehen Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft vermitteln. In der nächsten Zeit werden alle möglichen Kontakte auf allen Ebenen genutzt, um für den Bundeswehr-Standort Lütjenburg zu werben. Der neue Verteidigungsminister de Maiziere geht zur Zeit

von einer Reduzierung der Streitkräfte auf 170.000 plus bis zu 15.000 Freiwilligen aus. Immerhin spricht er auch von der notwendigen Präsenz der Bundeswehr in der Fläche und ihrer Einbindung in die Bevölkerung. Bei der geplanten Reduzierung ist auf jeden Fall die Verantwortung der Regierung gefragt, die mit Ausgleichs- und Fördermaßnahmen Hilfestellung geben muss, wie dies auch der Städte- und Gemeindetag fordert.

Hoffentlich gibt es in Zukunft in der Schill-Kaserne noch genug zu filmen und zu fotografieren, auch wenn`s derzeit noch verboten ist.

Kommentar von Traudl Holst



Bürgerwille und Bürgerbeteiligung

Wie soll unsere Stadt aussehen, was soll sie uns bieten, wie wollen wir sie planen und gestalten? Und: Was soll finanziert werden, worauf können wir verzichten, was kann unsere Stadt beleben, wie können wir junge Familien heran holen, wie junge Menschen halten? Laut einer Umfrage wollen über 80% der Deutschen vor politischen Entscheidungen sehr viel mehr mitreden und beteiligt werden.

Seit Stuttgart 21 wächst die Zahl der Bürgerinitiativen gegen politische Beschlüsse in ihrem Umfeld. Hier bei uns ist das nicht anders: Initiativen für die Blomburg, gegen die Fehmarnbelt-Querung, für

die Fehmarnbelt-Querung, den Notarzt, für die Bundeswehr usw. Die sogenannten „Wutbürger“ wollen halt einfach vorher gefragt und informiert werden. Deshalb ist es klug, wenn die Bürger in Planungsworkshops –siehe Oldenburg- ihre Ideen vorbringen und im Planspiel ausprobieren können.

Was fehlt, was ist zu viel, was ist unnötig, was kann verbessert und ausgebaut werden? Auch für MEN wäre ein Bürgervotum sicher eine gute Sache. Notarzt und Bundeswehr zeigen: die Menschen engagieren sich durchaus für die Dinge, die ihnen wirklich wichtig erscheinen. Wir Sozialdemokraten halten diesen Weg der Beteiligung und Mitbestimmung für notwendig, um das Gewicht der politischen Entscheidung auf breitere Schultern zu verteilen.

Allerdings: wenn man z.B. die Bürger zur gewünschten Schulform befragt, dann aber das ungewünschte Ergebnis (Gemeinschaftsschule) einfach in die Tonne tritt, fördert das erst recht das „Wutbürgertum“ – so geschehen in Lütjenburg durch den Landrat Dr. Gebel und die CDU-Mehrheit im Kreistag 2008. Ganz sicher ein ganz schlechtes Beispiel.

Altes Pastorat: Eine gute Idee, aber leider zu teuer

(P.H.) Um es kurz zu fassen: Bund, Land und die Stadt stellen im Programm „Städtebauförderung“ und im Programm „Soziale Stadt“ seit 2007 millionenschwere Beträge zur Verfügung, die von der Stadt über eine treuhänderische Verwaltung durch die BIG-Städtebau in Anspruch genommen werden. Die Stadt zahlt ein Drittel der Maßnahme selbst. Neben dem Ausbau des Gildeplatzes und geplanten Maßnahmen in der Niederstraße entstand im alten Pastorat (Bild unten) ein sozial-kulturelles Zentrum. Es wurde eine neue Heimstatt für die städtische Bücherei, sowie für den Hospiz-Verein.

Mit diesen aber auch ein Zentrum für soziale Aufgaben verschiedener Art, denen sich das SOS-Kinderdorf verpflichtet fühlt und durch die betroffene Bürger Hilfe erhalten können. Die jetzige Funktion des alten Pastorats ist durchaus ein richtiger Schritt zur Verwirklichung der Idee „Stadt im sozial-, kulturellen Bereich.“

Einziger Mangel: Der Preis für den Rückkauf des Gebäudes von der Wankendorfer Baugenossenschaft war deutlich zu hoch. Was im übrigen auch für die Um- und Ausbaukosten gilt. Schade!



Impressum:

Lütjenburger
Rundschau

Herausgeber: SPD-
Ortsverein Lütjenburg
e-mail: [webmaster@spd-
lütjenburg.de](mailto:webmaster@spd-lütjenburg.de)

V. i. S. d. P.: Traudl Holst

Redaktion: Peter Holst,
Hans Fritzenkötter,
Traudl Holst, Eckhard
Voß, Matthias Treu

Auflage: 3000

Brauchen wir ein Kreismuseum?

Wie das so mit Museen ist: man besucht sie meist woanders, im Urlaub auf Klassenfahrten, aber selten zuhause. Schade, denn Museen gönnen Guckkästen für die Geschichte unserer Heimat sein, erlebbare und anfassbare Erkundung, spannende heimatliche Schatzsuche. Ob gesammeltes Handwerkszeug, Geschirr, Mobiliar, Kleidungsstücke, Schriftstücke, alte Tonscherben oder Bilder: in einem liebevoll und phantasievoll ausgestatteten Museum mit modernen pädagogischen Anreizen zum Mitmachen erfahren wir die Geschichte unserer Region und können viele Jahrhunderte zurückverfolgen.

Die Pflege der Kultur zeichnet eine Gesellschaft aus. Sie muss uns darum auch etwas wert sein. Und deshalb muss der Kreistag die unselige Sparmaßnahme korrigieren meint die **LR**. Dem Kreis-Museum mit seiner 130-jährigen Geschichte sind weiterhin die notwendigen, ausreichenden Mittel für eine professionelle Museumsarbeit zur Verfügung zu stellen. **Wie sagt der Schulrat a.D. Lamb (CDU) so schön: „Kultur rechnet sich zwar nicht, zahlt sich aber aus!“**

Lütjenburg muss Standort des Notarztes bleiben Nur eine Saisonlösung reicht auf keinen Fall aus

(T.H.) Der Plöner Kreistag hatte 2009, auf Drängen der Kassen, aber gegen den Protest von 10.000 Unterstützern der Region mit Mehrheit beschlossen, den ganzjährigen Notarztstandort in Lütjenburg abzuschaffen. Seit dieser Zeit gibt es aus Kostengründen nur noch einen sogenannten Saisonstandort vom 15. Juni bis zum 15. September und zwar in der Zeit von 18 bis 24 Uhr an Wochentagen. An Wochenenden steht eine durchgehende Besetzung zur Verfügung. Die Notärzte erhalten jetzt zwar einen höheren Stundenlohn, aber keine Einsatz- und Begleitpauschale mehr, so dass es nun aus finanziellen Gründen ein Problem bei der Besetzung mit Notärzten gibt, wie die Kreisverwaltung zugeben muss.

Aus der ersten Initiative des SPD-Ortsvereins Anfang 2009 mit einer Unterschriftensammlung zum Erhalt des Notarztes in Lütjenburg entstand sehr schnell ein überparteiliches Aktionsbündnis; besonders durch das unermüdliche Engagement von

Hermann Kühl aus Haßberg. Er konnte schließlich gut 10.000 Unterschriften zusammen tragen.

Das hat allerdings den kürzlich verabschiedeten Landrat Gebel (CDU) nicht beeindruckt – im Gegenteil er schätzte das Bürgerengagement als reinen Populismus ein und bestritt die Ängste der Menschen vor mangelnder Hilfeleistung in lebensgefährlichen Situationen (vor allem nachts und am Wochenende.

Mit unerschütterlicher Beharrlichkeit treffen sich dennoch seit 2009 regelmäßig an die 30 Unterstützer, um den Notarztstandort Lütjenburg in der bisherigen Form wieder zu erreichen. Dafür konnten mittlerweile mehrere Kreistagsabgeordnete von Linken, Linksbündnis, SPD und CDU gewonnen werden. Sie bemühen sich mit Anträgen und Anfragen darum, die Bedeutung des Notarztstandortes in Lütjenburg öffentlich zu machen.

Eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern besucht regelmäßig Sitzungen des Kreissozialausschusses und des Kreistages Plön, um durch Einwohnerfragen ihre Forderung nach dem Erhalt des Notarztes deutlich zu machen. Dass die Verwaltung dafür sogar Bearbeitungsgebühren in Höhe von mehreren hundert Euro berechnen wollte, ist schon beinahe komisch. Tatsächlich wird im Interesse der Sache von den engagierten Mitstreitern sehr viel Freizeit und Kraft investiert.

Als Ergebnis konnte endlich erreicht werden, dass die Initiative von der kreis- und Landespolitik überhaupt wahrgenommen wird. So wurden erstmalig im Mai alle beteiligten Gruppen zu einem Gespräch am runden Tisch ins Kreishaus eingeladen, weitere Treffen sind geplant.

Auch wurden mit Mehrheit 10.000 Euro für ein unabhängiges medizinisches Gutachten bewilligt. Allerdings hat sich der Ausschuss noch nicht damit befasst. Kreis- und Landtagsfraktionen der beiden großen Parteien suchen immer mehr das Gespräch mit den Sprechern des Aktionsbündnisses. Eine abschließende Entscheidung über die Zukunft des Standortes ist aber immer noch nicht gefallen.

Daher werden in die neue Landrätin Frau Ladwig große Hoffnungen gesetzt, ebenso in die Landespolitik, die das Rettungsdienstgesetz zum Wohle der Patienten neu fassen muss: Leben retten geht vor Kosten sparen, denn jedes einzelne Leben zählt, auch in unserer Region!



Haben Sie's gelesen?

Der Spiegel

hat unter der Überschrift „Reform schont schwache Kommunen“ berichtet, dass der neue Verteidigungsminister Thomas de Maizière bei der Neuausrichtung der Bundeswehr auch strukturpolitische Bedingungen berücksichtigen will. So sollen möglichst keine Standorte in jenen Kommunen geschlossen werden, in denen ohnehin schon Arbeitsplätze in erheblicher Zahl fehlen. Das Verteidigungsministerium plant 60 Standorte zu schließen. Die Streichliste will der Minister nach einer Leitungsklausur in der letzten Septemberwoche bekannt geben.

Die Kieler Nachrichten

haben unter dem Titel „Wie Deutschland mit SB-Märkten zugebaut wird“ Manuel Dillinger vom NABU wie folgt zitiert: „Die Entwicklung sehen wir sehr kritisch. Wir werden immer weniger Menschen und gleichzeitig entstehen immer mehr Märkte, das macht auch ökonomisch keinen Sinn.“ Das sieht der Städte- und Gemeindebund genauso. Sein Fazit: Mit dem weiteren Flächenverbrauch müsse man sehr sorgsam umgehen. Die Empfehlung lautet: Die Entwicklung der Bevölkerung und die vorhandene Infrastruktur genau ansehen.

Nienthal - ein endloses Trauerspiel Geld spielt dabei keine Rolle mehr

(P.H.) Vergessen? 1998 kauft die Stadt (mit Zustimmung der CDU) unter Bürgermeister Marsula die historische Auffahrtscheune nebst 3000 qm Grundstück für ein Butterbrot (70.000 DM), um sie für touristische und kulturelle Zwecke nutzen zu können. Eine Arbeitsgruppe bildet sich, um weitere Ideen zu entwickeln. Nach der Kommunalwahl 2003 muss die neue Bürgermeisterin als Kandidatin der CDU auf Geheiß ihrer Wahlkampf-Geldgeber den Bau der Turmhügelburg stilllegen und ein Zugangsverbot für die Scheune (wegen Baufähigkeit) verhängen.

Veräppelt: Die CDU erkennt einige Zeit nach ihrem Wahlerfolg plötzlich den Wert der Turmhügelburg und lässt weiterbauen. Die Baufähigkeit der Scheune hat sich plötzlich auch in Luft aufgelöst, sogar eine Bürgerversammlung kann dort stattfinden. Man gründet unter Vorsitz des Bauunternehmers Richard Anders die MEN gGmbH und will für rd. 8 Mio. Euro (!) in der Scheune das Projekt „Mensch, Energie, Natur“ realisieren. Das meiste Geld soll die Stadt Lütjenburg auf den Tisch legen. Vergessen der CDU-Wahlkampfslogos: Kein Cent für Nienthal.



Vertuscht: Das Land erwartet eine Bürgerschaft für ca. 3,6 Mio. € Fördergelder der EU, sowie für ca. 1,3 Mio. € Landesförderung. Dies wird lange verheimlicht wie auch die Aufforderung des Wirtschaftsministeriums, die Landesgelder abzusichern. Bis heute gilt diese Forderung. Ein in der Presse veröffentlichter Brief von Richard Anders an den Ministerpräsidenten in dieser Sache blieb bis heute unbeantwortet. Davon erfährt der Bürger nichts.

Verbandelt: Um sich klar zu machen, in welcher auffälliger Weise die Interessen von CDU und MEN miteinander verbunden sind, muss man wissen: Der CDU-Vorsitzende erstellt für gutes Geld die MEN-Bilanzen. Ein Unternehmer (CDU) übernimmt Vorsitz im Aufsichtsrat. Die Stellvertretung liegt beim CDU-Bürgermeister Ocker und sein Referent Leyk (CDU) fungiert als MEN-Geschäftsführer. Mails, Post Telefonate, Fax in Sachen MEN erledigt der Geschäftsführer übrigens in seinem Stadt-Büro.

Geradezu als unfassbar ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu sehen, dass der Bürgermeister zu keiner einzigen für unsere Stadt so folgenreichen Verhandlungen (z.B. Straßenbau, Landkauf, Bürgerschaft usw.) seinen Stellvertreter Klaus Mattern mit in die Gespräche eingebunden hat. Vielleicht, weil dieser von der SPD ist?

Vergaloppiert! Es darf nicht verwundern, dass mittlerweile auch in der CDU Zweifel am Gelingen des Projektes MEN aufkommen. Die als Aktiva der MEN gGmbH geführten 963.000 €, lediglich eine Absichtserklärung des Jobcenters, wurden zwischenzeitlich auf ein Minimum gekürzt, die Bürgschaftsabsicherung der Anteilseigner steht infrage, die Landesförderung ist längst nicht in trockenen Tüchern, und die 485.000 € Förderungszusage der Stiftung Naturschutz ist bereits zurückgezogen worden! Der Finanzierungsplan von MEN ist nur noch Makulatur.

Verschleudert: Trotzdem will man eine Straße ins Nirgendwo verbreitern. Wegen eines Waldkindergartens und des Eiszeitmuseums, das jetzt schon am Tropf der Stadt hängt. Dazu strebt die Stadt eine Entscheidung vor Gericht an. Der angrenzende Landwirt müsste beim Ausbau der Straße (siehe Bild links) eine Anliegergebühr in Höhe von ca. 250.000 € bezahlen. Dazu die Amtsrichterin wörtlich: „Der (Bauer) müsste mit dem Klammerbeutel gepudert sein“, wenn er sich das gefallen ließe. Zwei Prozesse hat die Stadt bereits in dieser Sache verloren. Sie muss nicht nur die Gerichtskosten, sondern auch die Anwaltskosten beider streitenden Parteien zahlen! Dennoch setzt die CDU diesen Unfug fort und das auch noch angesichts der Tatsache, dass möglicherweise durch den Abzug der Bundeswehr schon bald ganz andere Aufgaben auf uns zukommen! Die CDU scheut sich nicht, weitere zig-Tausende Euro zu verschleudern, von den Millionen für das MEN-Projekt einmal ganz zu schweigen.

Verärgert: Auch bei der CDU hat sicher herumgesprochen, dass die Bevölkerung der Stadt und der an MEN beteiligten Gemeinden das wahnwitzige Projekt lieber heute als morgen begraben sehen möchten. Man darf fragen, wie wohl jedes Fraktionsmitglied der CDU entschieden hätte, wenn jeder von ihnen privat für ein Scheitern von MEN finanziell haftbar gemacht würde.

Man darf auch fragen, warum die CDU den von der SPD gewünschten Weg über einen Bürgerentscheid nicht beschreibt. Vielleicht, weil die Verärgerung der Bürger sich dann Luft machen könnte, und der Millionen-Spuk MEN dann ein ganz schnelles Ende haben könnte?

Matthias Treu: Mit dem Haushalt die falschen Akzente gesetzt



Dass letztmalig 2003 eine Entschuldung im städtischen Haushalt erfolgte, ist tragisch – aber nicht zu ändern. Dass die sogenannte Mittelfristige Finanzplanung der Stadt für 2013 einen Schuldenstand von ca. 5,3 Mio. Euro vorsieht, ist allerdings dramatisch. Natürlich dürfen Schulden nur für Investitionen gemacht werden. In welche Maßnahmen aber investiert wird, ist eine politische Entscheidung. Da die SPD-Fraktion z.B. den großflächigen Ankauf von Grundstücken am südlichen Gildenplatz nicht mitgetragen hat, konnten die letzten Haushalte nur mit den Stimmen der CDU verabschiedet werden. Die Grundstücksgeschäfte haben wir übrigens abgelehnt, weil wir nicht auf Kosten der öffentlichen Hand Investoren den Weg zum Bau weiterer Supermärkte in Lütjenburg ebnen wollten.

Im Haushalt 2011 ist u.a. auch zu lesen, dass in Lütjenburg eine dramatische Sozialstruktur vorliegt. Hier sehen wir großen Handlungsbedarf, z.B. bei der enormen Jugendarbeitslosigkeit sowie der daraus folgenden Kriminalität. Deshalb haben wir uns immer wieder für eine offene Jugendarbeit eingesetzt und entsprechende Anträge eingebracht. Oft wurde uns Kommunalpolitikern von Experten attestiert, dass ein wichtiger Baustein in der Lütjenburger Jugendarbeit fehle, denn mit der vorhandenen Jugendarbeit in den Vereinen und

Verbänden werden nicht alle Jugendlichen erreicht. Leider sind wir mit unserem Anliegen gescheitert, eine halbe Stelle für die offene Jugendarbeit zu installieren. Immer wieder wurden unsere Anträge in die Fraktionen zurück überwiesen. Die CDU war noch nicht einmal bereit, die Kosten für eine halbe Stelle durch die Amtsverwaltung ermitteln zu lassen. Ein „Machtwort“ kam schließlich vom Bürgermeister, der lautstark im Sozialausschuß mitteilte: „Eine Stelle für die Jugendpflege wird es mit der CDU nicht geben! Basta!“ Handelt so ein verantwortungsbewusster Bürgermeister?

Andere Projekte genießen bei der Mehrheitsfraktion jedoch oberste Priorität, egal, ob Betriebsgarantie, selbstschuldnerische Bürgschaft, harte Patronatserklärung, oder das Abstellen eines städt. Mitarbeiters als Geschäftsführer. Die MEN gGmbH ist das liebste Kind der CDU, koste es was es wolle. Alle Mittel oder Erklärungen werden namens der Stadt Lütjenburg zur Verfügung gestellt. Aber, wo bleibt der Förderbescheid der CDU-Landesregierung? Seit Jahren werden die Parteifreunde in Lütjenburg von Carstensen & Co. im Regen stehen gelassen. Alles existiert lediglich auf dem Papier, eine Förderkulle ist hingegen nicht vorhanden. Sogar die Bundesstiftung Umwelt hat ihre Fördermittel zurückgerufen. Schade, war das doch der bislang einzige Fördererfolg, den die Akteure verbuchen konnten.

Peter Holst gibt sein Mandat als Stadtvertreter zurück

Es waren im Wesentlichen Alters- und damit einhergehend auch Gesundheitsprobleme, die Peter Holst veranlasst haben, im 75. Lebensjahr sein Mandat als Stadtvertreter zurückzugeben. Die seiner Meinung nach fehlende Gemeinsamkeit der Demokraten angesichts der schwerwiegenden Herausforderungen unserer Stadt, haben ihm den Rücktritt etwas leichter gemacht.

Die Nachfolge von Peter Holst (Bild re.) tritt Kerstin Panitzki an, die sich ganz besonders um die sozialen Belange sowie das Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebot für junge Menschen kümmern will.



Kuddel und Hein: „Sag mal...“

- Kuddel:** *..die Kieler Straße is doch so was wie ne Zufahrt zur Innenstadt?*
Hein: *Na klar, da fahren doch Busse, Einheimische und Touristen rein, warum?*
- Kuddel:** *Ja, weil es nich in meinen Kopp rein will, warum sie dann die Straße nur man eben so notdürftig geflickt haben!*
- Hein:** *Ich glaub, da gibt's zwei Gründe für.*
- Kuddel:** *Und was wär das?*
- Hein:** *Erstmal sollen die Leute langsamer fahren, damit sie unsere schöne Innenstadt – und die Hindenburgstraße- so richtig begucken können.*
- Kuddel:** *Und warum noch?*
- Hein:** *Die Stadt hat kein Geld.*
- Kuddel:** *Aha! Aber die Straße nach Nienthal soll doch neu...*
- Hein:** *Hör mir auf mit Nienthal! Dafür kriegen wir doch Zuschüsse vom Land, und der Bauer muss ordentlich Anliegerbeiträge bezahlen.*
- Kuddel:** *Und die Stadt zahlt nix?*
- Hein:** *Doch, schon, ein paar zig-Tausend bestimmt! Aber...*
- Kuddel:** *Was- aber? Dann wäre ja doch Geld da, für die Kieler Straße, meine ich!*
- Hein:** *Mann, du nervst! Musst nich mich fragen, frag den Bürgermeister!*

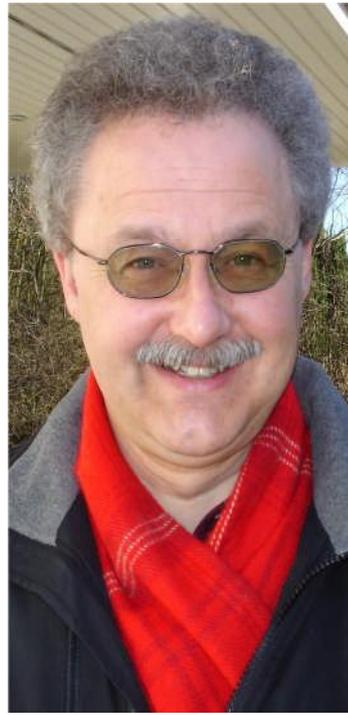
Es bleibt spannend, wie sich die finanzpolitische Ausrichtung der Stadt weiter entwickelt! Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts werden notwendig sein. Hierzu hat die SPD-Fraktion ihre Gesprächsbereitschaft signalisiert, sofern dies im Rahmen eines fairen und sachlichen Meinungsaustausches stattfindet. Sollte die CDU weiter die Basta-Politik von Ocker & Co. vertreten, muss sie „ihren“ Haushalt wieder alleine verantworten. Für den bis jetzt angehäuften Schuldenberg will und kann die SPD-Fraktion keine Verantwortung übernehmen. Dieses „Paket“ muss die CDU dem Wähler gegenüber ganz allein vertreten.

Stadtwerke Lütjenburg auf einem guten Weg

(P.H./K.M.) Schon unter Bürgermeister Günter Marsula hatte die SPD ein Blockheizkraftwerk (Umwandlung von Faulgas der Stadtwerke in Energie) beantragt und auch vorgesehen. Dies Vorhaben wurde durch die Mehrheitspartei (CDU) jahrelang verschleppt. Erst der neue Werkleiter (Schulz) realisierte das Vorhaben, das letztlich einstimmig von der Stadtvertretung beschlossen wurde. Endlich! Dies sei, so Schulz, noch nicht das Ende der Fahnenstange. Eine Verbesserung der Energieausbeute der Stadtwerke, die sich nun selbst mit Strom versorgen können, sei durchaus möglich. Übrigens die Investitionen werden sich haben sich nach 8 Jahren amortisiert haben.

Auch ansonsten befinden sich die Stadtwerke, die sich zum 1.1. 2010 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts neu aufgestellt haben, als regionales Ver- und Entsorgungsunternehmen auf einem neuen, guten Weg. Anfangs wurden durch die Stadtwerke drei Gemeinden mit Wasser versorgt, das Schmutzwasser von fünf Gemeinden und der Stadt selbst entsorgt, die Reinigung der Abwässer aus den drei Gemeinden und die Oberflächenentsorgung im Stadtgebiet vorgenommen. Mittlerweile sind Selent, Blekendort, Giekau, Helmstorf, Hohwacht, Panker und Lammershagen Partner der Stadtwerke.

Seit dem 1. März 2010 ist Dennis Schulz Vorstand der Stadtwerke. Er hat sich mit ganzer Kraft sofort zum Wohle aller an die Arbeit gemacht, neue Vertragsgespräche mit den verschiedenen Gemeinden und Partnern geführt. Sämtliche Betriebszweige kamen auf den Prüfstand. Die Optimierung im Betriebsablauf wurde eingeleitet, die notwendigen Konzessionsverträge geschlossen. Aber das allerbeste: „Zwischen Anschlussgemeinden, der Amtsverwaltung und der Stadt herrscht wieder ein gutes Gesprächsklima“, freut sich der stellvertretende Bürgermeister Klaus Mattern (SPD). Die Stadtwerke Lütjenburg firmieren jetzt auch unter einem neuen Logo: Mehr sehen und erfahren Sie im Internet unter: www.stadtwerke-luetjenburg.de



Jürgen Panitzki Politik, ja bitte!

Politik, nein danke! Diesen Satz höre ich leider oft. Doch gerade in der Politik, vor allen Dingen in der Kommunalpolitik wird über das direkte Umfeld der Bürgerinnen und Bürger entschieden. Hier geht es z.B. um den Haushalt der Stadt oder um Bauprojekte. Um den Standpunkt der SPD Lütjenburg zu den verschiedenen Projekten und Problemen kennenzulernen, empfehle ich den Besuch von Ausschuss- und Stadtvertretersitzungen. In allen Gremien können übrigens die Einwohnerinnen und Einwohner Probleme ansprechen und Fragen stellen.



Der Natur-Erlebnisgarten: Ein Projekt des Umweltberaters Konrad Olexik und eine spannende Sache für viele junge Menschen, die hier Natur-Erfahrungen sammeln können.

Das Letzte: Kreistag will keine „Umweltberatung“

Der Kreistag hat kürzlich mit großer Mehrheit beschlossen: Die Umweltberatungsstellen des Kreises Plön sollen am Ende 2011 finanziell nicht mehr unterstützt werden.

Warum? Weil ja jeder schon längst weiß, wie er die Umwelt schützen und bewahren kann? – das meinen jedenfalls schon vor ein paar Jahren ernsthaft die Kreispolitiker – samt den Grünen!

Die atomare Katastrophe in Japan, die Ölkatastrophe in Amerika zeigen im krassen Gegensatz, dass nichts von den Menschen beherrscht wird: nur ohnmächtiges Herumwurschteln, Vertuschen und hilfloses Schönreden! Mit Glück wird die Katastrophe zugekippt und begraben, damit irgendwann nichts mehr zu sehen ist.

Nicht die abgesunkenen dichten Ölschleier im Meer, nicht das radioaktiv verseuchte Wasser, das Erdreich und die Luft. Und niemand will in 10 Jahren mehr wissen, woher die Missbildungen und Krebsformen bei Kindern kommen, - Tschernobyl lässt grüßen.

Auch darum brauchen wir für die Umwelt Berater, nicht nur für Banken, Betriebe, Produkte und Versicherungen. Jetzt also wieder das Aus für Zuschüsse, und damit das Aus z.B. für die beliebten Angebote in Schulen, die freiwilligen Ökojahr-Plätze, die Thementage und die verschiedenen Exkursionen im Tourismusbereich. Die **LR** fordert deshalb die Kreispolitiker mit Nachdruck auf, ihre Entscheidung zu überdenken und die Förderung zu erhalten.